

Antwort  
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2734  
des Abgeordneten Steeven Bretz  
Fraktion der CDU  
Landtagsdrucksache 5/6943

### **Zusammenarbeit mit Polen im Bereich der Energiepolitik**

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 2734 vom 01.03.2013:

Das Energieland Brandenburg hat in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien, aber auch bei den konventionellen Energien ein erhebliches Knowhow sammeln können. Angelehnt an den Artikel 2 der Verfassung des Landes Brandenburg zum besonderen Verhältnis zu Polen, ist eine Zusammenarbeit auch im Bereich notwendig.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche grundsätzlichen und strategischen Zielstellungen verfolgt die Landesregierung Brandenburg bei der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Polen?
2. Wie stellt sich der derzeitige Sachstand der Zusammenarbeit dar?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bislang für eine enge Zusammenarbeit mit Polen im Bereich der Energiepolitik eingeleitet?
4. Wann werden weitere Maßnahmen oder Projekte eingeleitet?
5. Welche gemeinsamen Projekte im Bereich der Energiepolitik können mit Polen entwickelt werden?
6. In welchen Bereichen erachtet die Landesregierung eine Verzahnung der energiepolitischen Entwicklungen für möglich? Welche Auswirkungen hätte diese?
7. Welche Fördermöglichkeiten der Europäischen Union könnten gemeinsame Initiativen unterstützen?
8. Welche Möglichkeiten zur Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette von der Energieerzeugung über die Energiespeicherung bis zur Energieverteilung und –verwendung bestehen mit Polen?
9. Welche Synergieeffekte können im Bereich Forschung und Entwicklung durch gemeinsame Initiativen und Projekte erschlossen werden?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche grundsätzlichen und strategischen Zielstellungen verfolgt die Landesregierung Brandenburg bei der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Polen?

zu Frage 1:

Die Landesregierung intensiviert im Energiesektor die Zusammenarbeit mit Polen. Diese strategische Zielsetzung ergibt sich aus der geographischen Lage und aus der wirtschaftlichen Fokussierung Brandenburgs auf die Energiebranche und stützt sich auch auf Artikel 2 der Landesverfassung, wonach die Zusammenarbeit insbesondere mit dem polnischen Nachbarn angestrebt wird.

In Anbetracht zurückgehender EU - Mittel für Brandenburg ist es notwendig, gemeinsame Projekte anzustoßen, die die Energieinfrastruktur unserer Region nutzen und stärken. Auf dem Weg zu einem europäischen Energiebinnenmarkt müssen die nationalen Verbundnetze aufeinander abgestimmt werden, konkret bedeutet dies, dass zur Erhöhung der Übertragungsleistung zwischen Deutschland und Polen das Übertragungsnetz ausgebaut werden muss.

Die Zusammenarbeit bezieht sich nicht nur auf die Verwirklichung gleichgerichteter energiepolitischer Interessen, sondern auch auf den Bereich, bei dem es Unterschiede zwischen der polnischen und der deutschen Energiepolitik gibt. Hier geht es vor allem darum, das gegenseitige Verständnis unterschiedlicher Ansichten zu stärken, wie z.B. bei der Frage der Zukunft der Kernenergie und der Festlegung von Klimaschutzziele. In der bilateralen Zusammenarbeit werden wir für die energiepolitischen Ziele, wie sie in unserer Energiestrategie 2030 niedergelegt wurde.

Frage 2:

Wie stellt sich der derzeitige Sachstand der Zusammenarbeit dar?

zu Frage 2:

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfolgt durch ein mittlerweile eingeübtes Abstimmungsverfahren.

Einvernehmen besteht darüber, dass für die Versorgungssicherheit der Einsatz der fossilen Energieträger momentan unerlässlich ist. Gerade die Nachbarwojewodschaften stehen mit den Braunkohlevorkommen vor ähnlichen Herausforderungen wie Brandenburg. Auch hier gibt es jeweils Regionalplanungen, die die Nachbarregion tangieren.

Seit Februar 2013 erfolgt eine Zusammenarbeit mit der polnischen Generaldirektion für den Umweltschutz zum Braunkohletagebau „Gubin“. Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) ist im Land Brandenburg die zuständige Behörde für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Durchführung von Konsultationen und für die Entgegennahme der Entscheidung. Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen.

Brandenburg beteiligt sich als direkter Nachbar an den vorgeschriebenen UVP- und SUP-Prüfungen für geplante Kraftwerke in Polen.

Eines der strittigsten Probleme zwischen Deutschland und Polen, die ungewollten Lastflüsse im Übertragungsnetz, konnte gelöst werden. Zwischen den Übertragungsnetzbetreibern 50Hertz Transmission GmbH und PSO Operator wurde am 18.12.2012 eine Vereinbarung zum kurzfristigen Einsatz „**virtueller Phasenschieber**“ und zum gemeinsamen Bau von Phasenschiebertransformatoren getroffen.

Zur Erhöhung der Übertragungsleistung zwischen Deutschland und Polen sind zwei Vorhaben auf den Weg gebracht:

- „380-kV-Freileitung Neuenhagen - Vierraden – Krajnik (Polen)“
- „380-kV-Freileitung 3. Interconnector Eisenhüttenstadt - Plewiska (Polen)“

Für beide Projekte besteht gemäß Anhang I Nr. EL.8 und Anhang II Nr. 2 der EU-Entscheidung 1364/2006 ein vordringlicher Bedarf. Sie sind Bestandteil der 24 Vorhaben, für die mit dem Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (Energieleitungsausbaugesetz – EnLAG) vom 21. August 2009 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit auch vom Bundesgesetzgeber bescheinigt wurden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wurde von Brandenburgischer Seite stets darauf hingewiesen, dass ein erfolgreicher Ausbau eine Investitionssicherheit erfordert. In Polen gibt es Überlegungen ein Gesetz zu erarbeiten, das die Einspeisung erneuerbarer Energien regelt und weitergehend sichert. Dadurch würde sich der Ordnungsrahmen beider Länder annähern.

Frage 3:

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bislang für eine enge Zusammenarbeit mit Polen im Bereich der Energiepolitik eingeleitet?

zu Frage 3:

Die wesentlichen Maßnahmen für eine enge Zusammenarbeit des Landes Brandenburg mit der Republik Polen erfolgen vor allem durch regelmäßige Arbeitstreffen und Kooperationen mit den westpolnischen Wojewodschaften. Einen Überblick geben beispielhaft folgende Aktivitäten der letzten zweieinhalb Jahre:

- Brandenburg hat zusammen mit Berlin einen sog. „Dialog Europäischer Energieregionen“ eingeleitet, mit dem Ziel die Potenziale im Wirtschafts- und Forschungsbereich in der Hauptstadtregion im Bereich der Energietechnologien anderen europäischen Regionen vorzustellen sowie Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungsinstitutionen aus den beteiligten polnischen europäischen Regionen (Lubuskie/Lebuser Land, Wielkopolskie/Großpolen und Pomorskie/Pommern) anzubahnen. Im Oktober 2010 fand das „Dialog Forum Energie“ in Brüssel und im Mai 2011 eine „Better practice exchange“ in Potsdam statt.
- Am 12./13.10.2010: Besuch einer Delegation bestehend aus kommunalen Vertretern, Vertreter des Marschallamtes der Wojewodschaft Dolnoslaskie/Niederschlesien, Abgeordnete des Sejmik der Wojewodschaft Dolnoslaskie/Niederschlesien. Besucht wurden Feldheim, Technologie- und Gründerzentrum Havelland GmbH, Biogasanlage Heidefeld.
- Am 26.10.2011: Abstimmung in Poznań/Posen mit Vertretern der Wielkopolska Energy Management Agency Ltd. für eine vertiefende Zusammenarbeit in den Bereichen: Energiekonzept, Netze und Cluster Energietechnik.
- Am 24.11.2011: Teilnahme brandenburgischer Vertreter an einem EU-Workshop „Remove“ in Wrocław/Breslau mit den Themen Energiespeicherung, Biogas und Fragen der Akzeptanz.
- Am 16. bis 18.04.2012: Delegation aus Dolnoslaskie/Niederschlesien in Brandenburg. Programm: Wasserstofftankstelle, EON Müllverbrennungsanlage in Premnitz, TGZ Havelland und das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in Cottbus (LBGR).

- 26.04.2012: Durchführung eines gemeinsamen Workshops zum Thema „Geothermie“, LBGR und der polnische geologische Dienst in Groß Schönebeck.
- 01.-04.06.2012: Befahrung des CO<sub>2</sub>-Forschungsspeichers Ketzin und ein Erfahrungsaustausch mit 25 Experten aus der polnischen Bergbau- und Industriewirtschaft.
- 5.11.2012: Gemeinsame Organisation der „Niederschlesisch-Brandenburgischen Konferenz zur Zusammenarbeit im Energiesektor“. Präsentiert wurden Technologien der Energieerzeugung und Speicherung sowie Erfahrungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Brandenburg präsentierte sich als ein führendes deutsches Bundesland bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. Schwerpunkt: Stromerzeugung aus Wind und Solar sowie Biogasanlagen.
- 16.11.2012: Teilnahme an der 9. Deutsch-Polnische Konferenz „Grenznahe Energiewirtschaft in Polen und Deutschland“ in der Staatlichen Fachhochschule Sulechów/Züllichau. Themen: Braunkohle, Schiefergas, Energiesicherheit sowie aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen.
- 27.11.2012: Gemeinsamer Innovationsworkshop Brandenburg-Lubuskie in Słubice zur Energietechnik.
- 29.11.2012: Teilnahme am 16. Deutsch-Polnischen Forum in Warszawa/Warschau
- 13.02.2013: Abstimmung mit dem Marschallamt Mazowieckie/Masowien: Energiecluster Masowien wurde zur Teilnahme am Energiedialog auf der Hannover-Messe eingeladen. Verabredet wurde ein gemeinsamer Workshop der Energiecluster. Abstimmung mit der Energieagentur Masowien: Verabredet wurde ein bilaterales Kooperationstreffen, in dem zusammen mit Unternehmen bzw. Forschungseinrichtungen drei konkrete Themen besprochen werden mit dem Ziel, eine Technologie-Cluster-Kooperation (Masowien-Berlin/Brandenburg) einzugehen.
- 28.02.2013: Einladung nach Sulechów: Kooperation des Clusters Energietechnik Berlin-Brandenburg mit dem Lebuser Cluster für Erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung; Vorstellung des Centrums für Erneuerbare Energien der Fachhochschule PWSZ Sulechów. Unterstützung des laufenden INTERREG A-Projekts zur Energetischen Verwertung einheimischer Biomasse (BTU Cottbus, PWSZ Sulechów).

Diese Auflistung soll einen Eindruck über Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik geben und ist nicht abschließend.

Frage 4:

Wann werden weitere Maßnahmen oder Projekte eingeleitet?

zu Frage 4:

Entsprechend unserer strategischen Zielsetzung in der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Polen werden die unter 3. eingeleiteten Maßnahmen fortgeführt und durch geeignete Projekte ergänzt. Zum jetzigen Zeitpunkt wird geprüft, ob der „Dialog europäischer Energieregionen“ im Rahmen des Internationalisierungsprozesses im Cluster „Energietechnik“ vertieft werden kann. Denkbar sind Unternehmenskooperationen oder die Teilnahme an gemeinsamen Projekten im Rahmen von EU-Förderprogrammen, wie an dem künftigen EU-Forschungsprogramm „Horizon 2020“.

Im Rahmen der Entwicklung der Metropolregion Szczecin/Stettin wurde von der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Zachodniopomorskie/

Westpommern eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben. Diese setzt als einen Schwerpunkt für die Metropolregion Szczecin/Stettin die „Entwicklung einer grenzüberschreitenden Modellregion für erneuerbare Energien im Kontext der Energiesicherheit der Systeme.“ Derzeit laufen Workshops zur Untersetzung der Gesamtstrategie an.

Zudem wird in Nachverfolgung der Energiekonferenz im November 2012 ein Arbeitstreffen mit Dolnoślaskie/Niederschlesien zur Braunkohle vorbereitet.

Frage 5:

Welche gemeinsamen Projekte im Bereich der Energiepolitik können mit Polen entwickelt werden?

zu Frage 5:

Nachdem in den letzten Jahren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungen durch ein mittlerweile eingeübtes Abstimmungsverfahren erfolgt, geht es nun vor allem um die Umsetzung konkreter Projekte. Im Vordergrund zukünftiger Aktivitäten stehen gegenseitige Unternehmenskontakte, die Entwicklung möglicher gemeinsamer Clusteraktivitäten, die Entwicklung von Wissenschaftskooperationen z.B. bei der CO<sub>2</sub>-Speicherung, aber auch zusammen mit den Nachbarwojewodschaften ggf. die Entwicklung gemeinsamer Energiestrategien.

Frage 6:

In welchen Bereichen erachtet die Landesregierung eine Verzahnung der energiepolitischen Entwicklungen für möglich? Welche Auswirkungen hätte diese?

zu Frage 6:

Eine Verzahnung der energiepolitischen Entwicklungen gibt es bereits durch die gegenseitige raumordnerische Beteiligung beim Braunkohleabbau sowie der Braunkohlennutzung. Das wird fortgeführt. Damit werden regionalpolitische Zielstellungen des jeweiligen Partners insbesondere auf umweltpolitische Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Natur jenseits von Oder und Neiße abgestimmt.

Weitere Verzahnungen der energiepolitischen Entwicklung sind im Bereich der grenzüberschreitenden Stromnetze und beim Ausbau erneuerbarer Energien zu sehen. Diesbezüglich wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Frage 7:

Welche Fördermöglichkeiten der Europäischen Union könnten gemeinsame Initiativen unterstützen?

zu Frage 7:

In erster Linie bieten die Interreg A, B und C-Förderprogramme Möglichkeiten, grenzüberschreitende wie interregionale Initiativen zu unterstützen. Für die neue Förderperiode strebt die Landesregierung insbesondere in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Internationalisierung der Cluster an, auch Strukturfondsmittel über Interreg hinaus, für transnationale Kooperationen einzusetzen. Dies gilt aufgrund des von der EU gesetzten Schwerpunkts der CO<sub>2</sub>-Minderung gerade auch für den Bereich der Energiepolitik.

In der laufenden Förderperiode werden derzeit drei INTERREG IV A Projekte gefördert:

- Im Programm „Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg-Polen(Zachodniopomorskie)“  
Aufbau eines grenzüberschreitenden Informations-, Beratungs- und Bildungszentrums für erneuerbare Energien in der Euroregion Pomerania mit Ausstellungsgebäude und Edutainmentbereich in Eberswalde und Ausstellungs- und Beratungsräumen in Koszalin.

- Im Programm Polen (Lubuskie) – Brandenburg  
Das Projekt „Wärme aus einheimischer Biomasse“ möchte gemäß dem Brandenburgischen Biomasseaktionsplan die energetische Nutzung von Biomasse fördern. Das Projekt dient der Erschließung neuer Märkte für die heimische Landwirtschaft, der Diversifizierung des Angebotes an Energieträgern und der Verminderung der Kohlendioxidemissionen.
- „Die Zusammenarbeit Universität Zielona Góra/Grünberg und der BTU Cottbus  
Gegenstand des Projektes ist die Förderung der Zusammenarbeit der beiden Universitäten im Bereich des grenzüberschreitenden Systems von Innovationen und Entwicklung der Technologien zur Untersuchung der Beeinflussungsfaktoren für die effektive Nutzung der Wärmeenergie in Wohngebäuden sowie der grenzüberschreitenden Infrastruktur für die Verbesserung des Umweltzustandes.

Darüber hinaus ist aber auch die gemeinsame Entwicklung von Projekten denkbar, die zu einer Einreichung bei europäischen Förderprogrammen, wie „Horizon 2020“ oder „Intelligent Energy Europe“ (<http://ec.europa.eu/energy/intelligent/>) führen können.

Frage 8:

Welche Möglichkeiten zur Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette von der Energieerzeugung über die Energiespeicherung bis zur Energieverteilung und –verwendung bestehen mit Polen?

zu Frage 8:

Im Bereich der Energieerzeugung steht momentan der Einsatz von Biomasse und die damit verbundene Wertschöpfungskette im Fokus. Brandenburgische Energieerzeuger und Anlagenbauer werden im Rahmen des Marktzugangs unterstützt. Diesbezüglich wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

Zwischen dem LBGR und dem Polnischen Geologischen Dienst findet eine intensive Zusammenarbeit statt, in dem die Grundlagenarbeit für die unterirdische Speicherung, die 3-D-Darstellung des tieferen Untergrundes, die Nutzung tiefliegender Rohstoffe und die tiefe Geothermie erfolgt. Es laufen verschiedene grenzübergreifende Kartierungsarbeiten, so zum Beispiel auf dem Gebiet der Hydrogeologie im Raum Guben-Peitz (Braunkohlenabbau beiderseits der Neiße). Ferner stehen Anpassungen auf dem Gebiet der oberflächennahen geothermischen Nutzung an.

Im Bereich der Energieverteilung erfolgt die Wertschöpfung durch grenzüberschreitende Stromnetze, die eine Unter- oder Überlast durch einen Ausgleich abfangen. Diesbezüglich wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Bei der Frage der Energieverwendung sind Schulungen geplant mit dem Ziel der Erhöhung der Energieeffizienz im gewerblichen Sektor und der damit verbundenen Wertschöpfung. Diesbezüglich wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

Die Abbildung einer gesamten Wertschöpfungskette von der Energieerzeugung bis zur –verwendung im Verhältnis zu Polen ist nicht möglich, da die regierungsbehördlichen Vorgaben zu einer Unabhängigkeit zwischen den verschiedenen Geschäftsfeldern der Energiewirtschaft geführt haben und in beiden Ländern zudem die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich sind.

Frage 9:

Welche Synergieeffekte können im Bereich Forschung und Entwicklung durch gemeinsame Initiativen und Projekte erschlossen werden?

zu Frage 9:

Wettbewerbsvorteile durch Kostenersparnisse bei der Forschung und Entwicklung sowie die gemeinsame Nutzung von Ressourcen oder Vertriebskanälen sind als Synergieeffekte denkbar.

Generell ist die Bereitschaft in den brandenburgischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen groß, mit polnischen Partnern grenzüberschreitend zu energierelevanten Themen zusammenzuarbeiten.

Naturräumlich sind Brandenburg und der östlich angrenzende Teil Polens vergleichbar. Lösungen und Strategien, die für Brandenburg entwickelt werden, sind daher auch für die polnische Seite von potenziellem Interesse. Neben der Frage von Erkundung und Abbau von Kohle, der Renaturierung und Revitalisierung von Gewässern etc. spielt das Thema Bio-Energie – neben Potenzialanalysen, Brennstoff- und Feuerstättentechnologie insbesondere auch Forst-Logistik – eine herausgehobene Rolle.

Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg arbeiten auf diesem Gebiet mit polnischen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen bereits langjährig zusammen. Synergieeffekte entstehen im Hinblick auf den Austausch von Know-how insbesondere im Rahmen von europäischen Projekten. So ist auch eine weitere Zusammenarbeit im gemeinsamen Forschungsprojekt „GeoPlanet“ zum Thema „Energy and natural resources“ geplant.

Konkret wurde auch ein gemeinsames Projekt mit dem Deutschen Geoforschungszentrum in Potsdam zur unterirdischen Raumnutzung (Braunkohle, Grundwasser, Kupfer, Erdöl/Erdgas) im ostbrandenburgischen Raum angeschoben, das auf die Fragen des Umweltschutzes und speziell auf die Fragen des Grundwasserschutzes zielt.